



An den Grossen Rat

19.5595.02

PD/P195595

Basel, 1. April 2020

Regierungsratsbeschluss vom 31. März 2020

Budgetpostulat Beatrice Messerli betreffend «PD, Kantons- und Stadtentwicklung (NachbarNet)»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2020 das nachstehende Budgetpostulat Beatrice Messerli dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Erhöhung um Fr. 15'000

Begründung:

Durch den kurzfristigen Bescheid, die Zuwendung zu streichen (Fr. 30'000) kommt NachbarNet in Schwierigkeiten, deshalb ein einmaliger Überbrückungsbetrag für 2020.“

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

Laut Statuten bezweckt der Verein NachbarNet die „Förderung nachbarschaftlicher Zusammenarbeit im Alltagsleben (...) durch den Betrieb einer unkomplizierten Adressvermittlungs-Plattform“. Diese oder ähnliche Dienstleistungen werden schweizweit von zahlreichen Vereinen, aber auch durch „schwarze Bretter“ in Lebensmittelgeschäften und Aushänge in Quartiertreffpunkten sehr niederschwellig und kostenarm angeboten. Gerade auch im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass Nachbarschaftshilfe sehr unbürokratisch und einfach organisiert werden kann. Der neue Mediendienstleister „bajour“ hat beispielsweise innerhalb weniger Tage unter der Überschrift „gärngschee – Basel hilft“ 11'000 Personen mobilisieren können. NachbarNet hat für die Vermittlung von Angeboten und Nachfragen einen deutlich aufwändigeren und kostenintensiveren Weg gewählt mit relativ hohen Personalkosten und war daher in der Vergangenheit auf die Beteiligung unterschiedlicher Geldgeber angewiesen. Durch den Wegfall eines nichtkantonalen Hauptgeldgebers wurde es für den Verein schwierig, seinen regulären Betrieb ab 2020 sicherzustellen.

Der Verein NachbarNet reichte im 2017 erstmals einen Antrag auf einen Staatsbeitrag ab 2018 beim Kanton über die Summe von 30'000 Franken ein. Der beantragte Staatsbeitrag ist explizit für die Dienstleistungen des NachbarNets gedacht, die die spezifische Integrationsförderung von Migrantinnen und Migranten sicherstellen und nicht als Betriebsbeitrag. Dem Verein NachbarNet war es jedoch erst möglich, per Juni 2019 alle notwendigen Unterlagen für die Prüfung des Staatsbeitragsantrags vollständig einzureichen und vorzulegen, so dass eine vollständige Prüfung erst ab diesem Zeitpunkt möglich war. Ein mehrjähriger Staatsbeitrag hätte daher frühestens für 2020 realisiert werden können. Der Kanton kam der Trägerschaft jedoch sehr kulant entgegen und gewährte jährliche Übergangslösungen, so dass der Verein seinen Betrieb aufrechterhalten und notwendige Prozesse im Verein klären konnte.

Im Rahmen der Prüfung des Antrags auf einen Staatsbeitrag zeigten sich nicht nur die Problematik, dass der Verein seinen Betrieb ab 2020 auch mit dem angedachten Staatsbeitrag nicht mehr garantieren konnte, sondern darüber hinaus eine Reihe von offenen Fragen, die mit den Vorgaben aus dem Staatsbeitragsgesetz sowie den Vorgaben aus dem Kantonalen Integrationsprogramm (KIP) nicht konform waren. Hinzu kommt, dass die Wirkung der Tätigkeit des Vereins NachbarNet auf die Migrationsbevölkerung weder quantitativ noch qualitativ sinnvoll überprüft werden kann. Dieses Controlling ist aber eine Voraussetzung, um Aktivitäten aus dem KIP finanzieren und gegenüber dem Bund abrechnen zu können. Die Beendigung der finanziellen Unterstützung des Vereins NachbarNet aus Mitteln des KIP wurde sorgfältig geprüft und war unumgänglich. Die im Budgetpostulat beantragte Summe von 15'000 Franken kann deshalb nicht mehr aus dem KIP entnommen werden.

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir, das Budgetpostulat Beatrice Messerli betreffend «PD, Kantons- und Stadtentwicklung (NachbarNet)» nicht zu erfüllen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin